



„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist schon lange eine der wichtigsten Forderungen der Frauenrechtsbewegung.

Birgit Reiche, leitende Pfarrerin der Frauenberatungsstelle im Kreis Soest, sagte in einem [Interview](#), das der Soester Anzeiger am 24.11.2022 druckte: „Die Gender-Pay-Gap ist eine Form von struktureller Gewalt.“

Misogynie kann deshalb auch daran gemessen werden, ob meine Arbeit gerecht bezahlt wurde. Und das wurde sie nicht:

- So erhielt ich mehr als 30 % weniger Gehalt als mein männlicher Vorgänger, obwohl die Geschäftstätigkeit der WMS - gemessen am Umsatz - unter meiner Ägide zuletzt ca. 6,5-fach höher war. Diese stieg von gut 2 Mio. € auf zuletzt 15,6 Mio. €. Das Gehalt richtet sich auch nach dem Umsatz, dafür gibt es einschlägige Tabellen. Entsprechend diesen Tabellen war das Gehalt meines Vorgängers angemessen, meines aber hätte bis zu fast 230 % höher sein müssen.
- Ich habe über weite Strecken meiner Amtszeit 7 Tage die Woche vom Aufstehen bis zum Schlafengehen fast ohne Urlaub gearbeitet. 80-90 Stundenwochen waren die Regel nicht die Ausnahme. Ich habe also mehr als doppelt so viel gearbeitet als die Regelarbeitszeit. Selbst wenn man davon ausgeht, dass mein niedriges Gehalt angemessen gewesen wäre, dann hätte es – wären meiner Urlaubs- und Überstundenansprüche ausgezahlt worden - mehr als verdoppelt

werden müssen.

- Weil ich die Entwicklung der Flächen nicht an einen Dienstleister outsourced habe, wie das noch in der Wirtschaftlichkeitsprognose des Ankaufbeschlusses unter meinem Vorgänger vorgesehen war, sondern die Flächen – auch operativ - selbst entwickelt habe, habe ich allein für die Entwicklung der Adam-Kaserne ca. 700.000 € an Dienstleistungsfees eingespart. Ferner wurden durch die schnelle Entwicklung (nur 30 Monate statt 10 Jahre) allein bei der Adam-Kaserne ca. 200.000 € Zinsen eingespart. Beide Einsparungen sind unmittelbar darauf zurückzuführen, dass ich so exzessiv gearbeitet habe – 900.000 € allein an der Adamkaserne, Einsparungen, die auf der Basis meines Freizeitverzichtes und der Basis meiner Gesundheit getätigt wurden. Dazu kommt, dass die schnelle Entwicklung und die Nutzung der Chancen, die der Markt bot, die kostenneutrale Entwicklung überhaupt erst möglich gemacht hatte. Der aktuelle Zusammenbruch der Märkte und die Absage und das Verschieben von vielen Projekten auch in Soest zeigen, dass eine Entwicklung nun nicht mehr möglich wäre. Wären mir die Einsparungen als Gehalt ausgezahlt worden, dann hätte mein Gehalt mehr als verdreifacht werden müssen.

Hinzu kommt, dass ich monetäre Erfolge weit über den Planzahlen erzielt habe. Fair wäre es gewesen, dafür Provisionszahlungen zu vereinbaren.

- Mit dem zeitgleich mit mir ausgeschiedenen Geschäftsführer des städtischen Klinikums, der - nach Zeitungsangaben - ein Loch hinterlassen hat, für das die Stadt 9 Mio. € Eigenkapital nachschießen und Bürgschaften in Höhe von 6 Mio. € hinterlegen musste, hat der dortige Aufsichtsrat - ebenfalls nach Zeitungsangaben - einen Aufhebungsvertrag mit einer Abfindung in Höhe von 250.000 € vereinbart. Ich aber habe ca. 13,4 Mio. € für die WMS erwirtschaftet. Trotzdem habe ich keinen Cent Abfindung bekommen.

Ich habe sofort nach der Eskalation einen Vergleichsvorschlag für einen Aufhebungsvertrag gemacht:

- Auszahlung der Urlaubsansprüche und von weniger als einem Viertel der tatsächlich geleisteten Überstunden,
- Angemessenes Zeugnis auf Basis meiner Leistungsbilanz.

Und ich habe sogar angeboten, ein versöhnliches Abschlussinterview im Soester Anzeiger zu geben.

Auf die Auszahlung meiner Urlaubs- und Überstundenansprüche sowie ein angemessenes Zeugnis habe ich ohnehin einen gesetzlichen Anspruch. Deshalb war mein Vergleichsangebot mehr als bescheiden, hätte aber beiden Seiten einen gesichtswahrenden, versöhnlichen Abschluss geboten. Aber der Aufsichtsrat ließ die Verhandlungen um einen Aufhebungsvertrag platzen. Der Aufsichtsrat verlangte eine Entschuldigung für meine Äußerung, dass bei meiner Nichtwiederwahl auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt hatten und erkannte meine Leistungsbilanz

nicht an, obwohl ich diese im Detail an Jahresabschlüssen, Fertigstellungsdaten und Kaufpreisabschlüssen nachweisen kann.

Bis heute verweigert mir der Aufsichtsrat ein angemessenes Zeugnis und die Auszahlung des geringen Anteils der Überstunden und Urlaubsansprüche, die ich fordere.

Fazit:

Unabhängig davon, welche Methode zur Berechnung eines angemessenen, fairen Gehaltes gewählt wird: Die Leistungen, die ich erbracht habe, sind zwei- bis dreimal so viel wert gewesen wie das Gehalt, das ich bezog. Auch die Wiederwahl hätte ich angesichts meiner Leistungsbilanz in Höhe von ca. 13,4 Mio. € mehr als verdient gehabt.

Der Aufsichtsrat wusste zu jeder Zeit, wie exzessiv ich gearbeitet habe, hat das gerne angenommen und sich im Kommunalwahlkampf mit meinen erfolgreichen Projekten gebrüstet.

Aber bis heute ist er nicht einmal bereit, mir den kleinen Bruchteil meiner Überstunden- und meine Urlaubsansprüche auszuzahlen, die ich fordere.

PS: Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.